

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 41 (1947)
Heft: 5

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lichkeiten, die ein erneutes Versagen des Kapitalismus bietet, dann zur Wirklichkeit werden wird. Wir unferseits können nur wünschen und hoffen, daß das *andere* Amerika, das eine Wirklichkeit ist und an das ich trotz allem glaube, durchbrechen werde, bevor die Welt dem Niagara entgegentreibt — und in unserem eigenen Lande diejenigen Kräfte stärken, die durch wirtschaftlich-soziale Grundreformen und tätige, konsequente Bekundung internationaler Solidarität an einer neuen Ordnung des menschlichen Gemeinschaftslebens mitzubauen trachten.

Hugo Kramer.

21. Mai.

Schweizerische Rundschau

Keine Wirtschaftsreform . . . Während in der Welt draußen Umwälzungen von säkularer Bedeutung vor sich gehen und Entscheidungen heranreifen, die — im wörtlichen Sinne — das Antlitz der Erde völlig verändern können, bietet die Schweiz, wie gewohnt, das idyllische Bild einer unbewegt dahindämmernden, blühenden Insel der Seligen. Dieser Eindruck drängt sich bei der Rückschau auf die diesmalige Berichtszeit besonders stark auf. Im Vordergrund steht ja in den Tagen, da dieser Rückblick vorbereitet und geschrieben wird, immer noch die Volksabstimmung vom 18. Mai, in der mit über Zweidrittelsmehrheit, bei allerdings schwacher Beteiligung, die Initiative für *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit* verworfen wurde; der annehmenden Stimmen waren nicht einmal ganz so viel, wie die Sozialdemokratische Partei für sich allein bei den letzten Nationalratswahlen auf ihren Listen vereinigt hatte. Ein wesentlich besseres Ergebnis hat unter uns auch kaum jemand erwartet; die fortdauernde Hochkonjunktur ließ dem Durchschnittsbürger die Reform einer Wirtschaftsordnung, die so glänzende Ergebnisse zeitigt, wirklich nicht als das Dringendste, ja sogar als gänzlich unerwünscht erscheinen, und die weitverbreitete Abneigung gegen obrigkeitliche Kontrollen und bürokratische Reglementierung — eine Abneigung, die wir von Herzen teilen — gab einen äußerst fruchtbaren Nährboden ab für die demagogische Lösung vom Untergang der Schweizerfreiheit, den die Verwirklichung der Initiative nach sich ziehen müsse¹⁾. Und doch *ist* eine gründliche Reform unserer Wirtschaftsordnung, die eben keine wahre Ordnung, sondern nur eine verschleierte, aber desto fürchterliche Unordnung ist, etwas vom Allernötigsten und Dringlichsten, was es im gesellschaftlichen Bereich überhaupt gibt. Gerade am Tag vor der Ab-

¹⁾ Im freisinnigen „St. Galler Tagblatt“ und in der katholisch-konservativen „Ostschweiz“ ist ein Abstimmungsinferat erschienen, das nichts Geringeres behauptete als: Die Annahme der Initiative würde bedeuten „das Ende des Föderalismus; das Ende der Handels- und Gewerbefreiheit; das Ende der persönlichen Initiative;

stimmung konnte man an versteckter Stelle eines Blattes, das sich aus guten Gründen besonders hitzig für das herrliche gegenwärtige Wirtschaftssystem einsetzt, eine Meldung aus Washington lesen, in der es hieß:

„Ein Komitee von zehn amerikanischen Wirtschaftsführern unter der Leitung des früheren Chefs der Preiskontrolle, Chester Bowles, warnte heute vor den Gefahren einer amerikanischen *Wirtschaftskrise* innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre. Die weitverbreitete Furcht, daß die gegenwärtige Konjunktur ungesund sei und einen Rückschlag erleiden werde, sei sehr begründet. Das Komitee hat ein neun Punkte umfassendes Programm ausgearbeitet, um die Krise zu verhüten.“

Vielleicht hofft man bei uns, die nächste große Wirtschaftskrise, die in den Vereinigten Staaten irgend einmal sicher ausbrechen wird, werde uns Lieblinge des Glücks ebenso verschonen, wie der Krieg uns nun schon zweimal verschont hat. Aber damit betröge man sich ja nur selbst. Wie der amerikanische Wirtschaftszusammenbruch am Ende der Zwanzigerjahre sich auch nach Europa fortgepflanzt hat und in der Schweiz zuletzt an die 125 000 Arbeiter auf dem Pflaster lagen, so wird eine neue Erschütterung der Weltwirtschaft auch die Schweiz wiederum schwer in Mitleidenschaft ziehen. Und ob dann die vorgesehnen, sich streng auf dem Boden des kapitalistischen Systems haltenden Notstandsmaßnahmen wirklich genügen werden, um die Krisenfolgen erträglich zu machen, das ist doch noch sehr die Frage. Vorbeugen wäre auch hier leichter als heilen — aber „das Volk“, dessen Urteilsvermögen und freie Meinungsbildung durch den vielverzweigten Beeinflussungsapparat der Oberklasse ebenso planmäßig wie erfolgreich gelähmt wird, hat es eben wieder einmal „mit Wucht“ anders gewollt und wird nun auch die Folgen tragen müssen. Wie man sich bettet, so liegt man!

... aber sozialer Kampf! Konservative Verkrampftheit und kurzfristige Interessenwahrung haben aufs neue einen Schritt zu einer reformierten Wirtschaft hin zu verhindern vermocht. Sie können aber nicht verhindern, daß sich in dem Maße, wie die Kehrseite des herrschenden Systems zum Vorschein kommt, der *soziale Kampf*, ja der *Klassenkampf* zunehmend verschärft. Nur ein Teil der Arbeiter und Angestellten hat ja von dem „Segen“, dessen jetzt die schweizerische Wirtschaft teilhaftig wird, in einem gewissen Grade mitprofitieren können. Die große Mehrheit der Lohnverdiener und dazu die Pensionierten, Kleinrentner, Versicherten usw., *leiden* unter der Konjunktur, die über die Ober- und

das Ende des wirtschaftlichen Fortschrittes; das Ende des Privateigentums; das Ende der Arbeits- und Berufsfreiheit; das Ende des Mitspracherechtes des Volkes; das Ende der bürgerlichen Freiheiten; das Ende der bewährten Genossenschaftsformen; das Ende der Koalitionsfreiheit; das Ende der freien Genossenschaften; das Ende des Rechtsstaates — und damit das Ende der freien Schweiz“!

Mittelschicht so glänzende Gewinne ausschüttet, besonders unter der wachsenden Teuerung und der drückenden Wohnungsnot. Sie empfinden es darum als empörend parteiisch, wenn der Bundesrat zwar mit ernster Miene vor weiteren Lohnforderungen warnt, weil ihre Erfüllung auch die Preise aufs neue hinauftreiben müsse, aber ganz vergißt, auch nur ein Wort über die hohen *Gewinne* zu sagen, deren Beschränkung so manche Lohnerhöhung auch *ohne* Preissteigerung ermöglichen würde. Und was die Preisfrage selber betrifft, so führte unlängst das „Volksrecht“ ein paar ganz bezeichnende Beispiele dafür an, wie von oben her die Preislenkung *künstlich* verhindert wird:

„Man hat Einfuhren, weil zu billig, unterbunden! Fleischhändler und Metzger sind davor gewarnt worden, Fleisch unter den Höchstpreisen zu verkaufen. Die Preisausgleichskassen sind zu *Preishochhaltungskassen* umgewandelt worden. Der Schweizer darf keine billigen norwegischen Fische essen, damit ihm der Appetit nach dem teuren Fleisch nicht vergeht, keine billige Kondensmilch oder Butter konsumieren, weil die Milchverbände das verhindern. Der Bund erhebt auf der Buttereinfuhr — wir haben ja viel zu wenig Butter, sie ist nach wie vor streng rationiert — einen Zollzuschlag von einem Franken (!), der nicht etwa in die Bundeskasse fließt, sondern in eine besondere Kasse, über die der Konfument, der diesen Zoll bezahlt hat, nicht zu befinden hat. Aus dem Ausland sind uns billige Zwiebeln erster Qualität angeboten worden, sie konnten *nicht* eingeführt werden, weil die Interessenten am hohen Preisniveau bei uns viel mächtiger sind als die wehrlosen Konfumenten. In den Zollausschuß- und Transitlagern der Schweiz sind ganz erhebliche Mengen von Lebensmitteln eingelagert, die, weil für den Schweizer zu billig, als Liebesgabensendungen ins Ausland gehen, da eine Ueberführung in den schweizerischen Konsum an der Preispolitik des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements scheitert. Heute noch in der Schweiz zu hohen Preisen rationierte Lebensmittel werden vom Ausland gegen gute Schweizer Währung in fast unbeschränkter Menge zu billigen Preisen angeboten, aber die mächtigen, an der Hochhaltung der Preise interessierten Verbände verhindern und unterbinden eine billige Verforgung, die ihnen nicht paßt.“

Die Lohnverdiener haben denn auch keine Luft, angesichts der Gewinn- und Preispolitik der Beherrscher unserer Wirtschaft neuerdings, wie während der Kriegsjahre, schön still zu halten und eine Selbstverleugnung zu üben, an welche die anderen gesellschaftlichen Gruppen, die Bauern eingeschlossen, überhaupt nicht denken. Lohn- und Arbeitskämpfe erheblichen Umfangs werden darum in Zukunft kaum zu vermeiden sein, und wenn es auch wohl gelingen wird, den allgemeinen Bau- und Holzarbeiterstreik zu vermeiden, der eine Zeitlang ernstlich drohte, so war doch die Zuspitzung dieses Konfliktes für sich allein ein nachdenklich stimmender Hinweis auf die sozialen Spannungen, die zur Entladung drängen werden, sofern nicht unsere Wirtschaft an Haupt und Gliedern reformiert wird.

Erstarrte Lava? In einem gewissen Gegensatz zu dieser Unruhe und Gärung auf sozialem Gebiet, aber völlig im Einklang mit dem wirtschaftlichen Beharrungsvermögen der bürgerlichen Schweiz steht die Erstarrung der *partei politischen* Fronten, die

das hervorragende Merkmal der meisten kantonalen und kommunalen *Wahlen* der letzten Zeit ist. In Zürich und Graubünden, in Genf und Baselland, in Luzern und wo immer sonst die Parteien zum Kräfteressen angetreten sind, hat sich im großen und ganzen eine bemerkenswerte Beständigkeit der Denkweise und Haltung der Wählerschaft geoffenbart, auch wenn man den Niedergang des Landesrings der Unabhängigen und — in der deutschen Schweiz wenigstens — das Vordringen der Partei der Arbeit nicht übersieht. (In Genf ist es die Partei der Arbeit gewesen, die, als die führende Linkspartei, das Schicksal der deutschschweizerischen Sozialdemokratie geteilt und eine gewisse Einbuße erfahren hat, während die hier weit rechts stehende Sozialistische Partei umgekehrt von der eher konservativen Strömung in der Wählerschaft profitiert hat.) Ein Kommentator glaubt denn auch (in der „Nation“) feststellen zu sollen:

„Verglichen mit den brodelnden, kochenden und siedenden Ausbrüchen vor hundert Jahren sind wir in unserem Lande, besonders in den letzten Zeitabschnitten, geradezu zu einer Mondlandschaft erkaltet. Schaut sich ein guter Beobachter das Panorama der eidgenössischen Politik in der nötigen Entfernung und in der Gesamtschau an, so bemerkt er, wie sehr die Lavaströme der historischen Parteien, die einst in Bewegung waren, zum Stillstand gekommen sind. Ihre Ränder verschoben sich nur noch um wenige Zentimeter. Die Voraussage, es würden die im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen keine Ueberraschungen in bezug auf die Stärke der einzelnen Parteien bringen, ist deshalb nicht allzusehr gewagt.“

Von einer Erstarrung des politischen und geistigen Lebens²⁾ zeugt auch die Wiederüberhandnahme *militärischen*, ja *militaristischen* Denkens, die mindestens in den „höheren“ Regionen zu bemerken ist und von hier aus neuerdings auch in den unteren Volksschichten vor sich geht. Einer der engsten und kurzfristigsten Vertreter dieses Geistes ist der Vorsteher des eidgenössischen Militärdepartements, Bundesrat Kobelt, der an der letzten Delegiertenversammlung des Schweizerischen Schützenvereins vor einer „überbordenden und verallgemeinernden Kritik an unserem Wehrwesen“, die er als „böswillig und niederreißend“ empfindet, warnte, die Einführung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer in grotesker Uebertreibung als „das Ende der allgemeinen Wehrpflicht und damit für die Schweiz das Ende der Wehrbereitschaft“ (für diese Denkweise bekanntlich gleichbedeutend mit dem Ende der Schweiz selbst) bezeichnete und sich scharf gegen die sogar von der Expertenkommission für die

²⁾ Die Heiligspredung des *Bruders Klaus* wird daran nichts ändern, zumal die vorherrschende Tendenz offenkundig die ist, an Niklaus von der Flüe besonders den „staatserhaltenden“ Politiker herauszustreichen, der im Stanfer Verkommnis eben auch die herrschende Ordnung, mit samt dem Untertanenwesen, sanktionieren ließ, statt in ihm den radikalen Christen zu verehren, der ein Gegner allen Kriegswesens und Reichtumstrebens, des Pensionenunfugs und des Solddienstes, der „Realpolitik“ und der Korruption von Verwaltung und Gerichten war. Im übrigen: Was hat der ganze Heiligspredungsbetrieb, der in Rom verübt wurde, noch mit dem Evangelium zu tun?

Bundesfinanzreform empfohlene Herabsetzung der Militärausgaben auch nur um 25 Prozent wandte. Von der mit dieser ganzen Haltung eng verbundenen neuen Versteifung auf die „ewige und integrale Neutralität“ habe ich schon im Aprilheft geredet; die Abkapfelung der Schweiz auch gegen außen entspricht eben völlig den Beharrungs- und Verhärtungstendenzen, die wir an der offiziellen Schweiz in den vergangenen Jahren schon so oft festgestellt und beklagt haben.

Es scheint unmöglich, gegen diese Tendenzen aufzukommen und die Seelenverengerung und Herzverfettung zu überwinden, deren Ausdruck sie sind — sofern man meint, es sei allein *unsere* Aufgabe, den Gang der Entwicklung umzukehren. Und dann mag sich allerdings Resignation und Enttäuschung, ja Verbitterung und Lähmung unserer Gemüter bemächtigen, die sich einer übermenschlichen Aufgabe gegenübergestellt sehen. Wenn wir aber wissen, daß wir im Bunde mit den höchsten und tiefsten Kräften selbst stehen, welche die Geschichte bewegen, dann ändert sich der Ausblick entscheidend. Dann wird uns klar, daß auch scheinbar erstarrte Lava plötzlich wieder ins Glühen und in Fluß kommen kann, wenn die unaufhörlich, obschon zumeist unsichtbar wirkenden vulkanischen Mächte aufs neue an die Oberfläche drängen und Erschütterungen und Umwälzungen erzeugen, die wir in den Zeiten der Starre kaum mehr zu hoffen gewagt hatten. Und dann bekommen wir auch ein Auge für die Möglichkeiten unserer *menschlichen* Arbeit, die wiederum viel größer und verheißungsvoller sind, als wir gemeinhin uns zu denken getrauen. Sollte die gegenwärtige Eiszeit der Schweiz (um das Bild zu wechseln) nicht auch solch eine Zeit der Vorbereitung eines neuen Aufbruches mächtigen Lebens sein, das sich in der Tiefe schon längst zu bilden begonnen hat?

22. Mai 1947.

Hugo Kramer.

Redaktionelle Bemerkung

Es sollte nicht nötig sein, die Leser auf einen Aufsatz von *Martin Buber* noch besonders aufmerksam zu machen. Wir tun es, weil es uns scheint, daß dieser Aufsatz zu der auch in unserer Zeitschrift begonnenen Behandlung des Palästina-Problems Entscheidendes zu sagen hat. Wenn doch diese Stimme in Palästina und überall gehört würde, die von einem der Besten der Judenheit ausgeht!

Aber die Bedeutung der Ausführungen Bubers geht über das arabisch-jüdische Problem weit hinaus; sein Kampf gegen alles bloß „Fiktive“ in der Politik, wie er ihn immer geführt hat, ist von allgemeiner Bedeutsamkeit für eine neue Erkenntnis dessen, was zum Aufbau der Welt heute nötig ist.

Wir hoffen, daß die Leser sich nicht abschrecken lassen durch die Tatsache, daß die Lektüre Buber'scher Aufsätze stets eine gewisse geistige Anstrengung erfordert; ihre Gedanken sind zwar von leuchtender Einfachheit, aber ihr Reichtum wird uns nicht in abgegriffener Sprachmünze geliefert. Möglicherweise hat auch die zweimalige Uebersetzung des hebräischen Originals, zuerst ins Englische und aus dem Englischen ins Deutsche, den Stil etwas schwieriger gestaltet.